



Petition 202662

Sicherheit im Straßenverkehr - Verpflichtendes Rechtsgebot auf gemeinsamen Geh- und Radwegen

Text der Petition	Mit der Petition wird ein verpflichtendes Rechtsgebot auf gemeinsamen Geh- und Radwegen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Reduzierung von Konflikten gefordert.
Begründung	• Mehr Sicherheit für alle: Vorhersehbares Verhalten reduziert Kollisionsrisiken spürbar. Passanten neigen nicht mehr dazu in den von hinten kommenden Verkehr auszuweichen. Radfahrer können besser planen. • Weniger Konflikte und mehr Harmonie: Eine klare Regel schafft Orientierung, reduziert Streitigkeiten und fördert ein respektvolles Miteinander. • Entlastung der schwächeren Verkehrsteilnehmer: Ältere Menschen, Kinder und Familien profitieren von mehr Ordnung und weniger Stress durch schnelle Radfahrer. • Praktikabilität und Vorbildfunktion: In vielen Alltagssituationen wird bereits rechts gegangen. Die Regelung macht dies verbindlich und schafft Klarheit, ohne die Vorrangstellung der Fußgänger einzuschränken. Sie ergänzt die bestehende Pflicht zur Rücksichtnahme (§ 1 StVO) sinnvoll. • Zeitgemäße Anpassung: Angesichts des stark wachsenden Radverkehrs und der zunehmenden Nutzung geteilter Wege ist eine klare Regelung ein wichtiger Schritt zur Modernisierung der Verkehrsordnung. Diese Maßnahme wäre ein einfacher, kostengünstiger und wirksamer Beitrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit auf bestehender Infrastruktur. Sie würde Konflikte reduzieren und das Vertrauen aller Verkehrsteilnehmer stärken.